

Medienanstalten-Pressemitteilung 18/2017 • Berlin 26.10.2017

Gemeinsam gegen die Verrohung der öffentlichen Debatte

GVK-Panel bei den Medientagen München über Hetze und Irreführung im Netz

„Falschmeldungen, Manipulationsversuche und Hate Speech dürfen die öffentliche Debatte nicht bestimmen.“ Mit diesem Statement eröffnete Winfried Engel, Vorsitzender der Gremiovorsitzendenkonferenz der Medienanstalten (GVK), das gestrige Panel auf den Medientagen München. Auch im Netz müsse ein freier und fairer Dialog gewährleistet sein. „Wir sollten nicht hinnehmen, dass Regelverletzungen schleichend zur Normalität werden.“

Thomas Hinrichs, Informationsdirektor des Bayerischen Rundfunks, berichtete von der Einheit „Verifikation und Social Listening“ beim BR, die nicht nur Fakten überprüfe, sondern auch in die sozialen Medien hinein horche, um zu erfahren, worüber die Menschen sprechen. So könne man außerdem Gerüchte frühzeitig aufspüren und richtig stellen. Hinrichs betonte, Falschmeldungen und Manipulation könnten nur in gemeinsamer Anstrengung bekämpft werden: „Die Qualitätsmedien müssen zusammenarbeiten.“

RTL-Chefredakteur Michael Wulf verwies auf die zentrale Bedeutung einer guten Ausbildung von Journalisten, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können. Deshalb unterhalte RTL eine eigene Journalistenschule. Gleichzeitig müsse man sich um die Bildung des Publikums kümmern. Auch hier sah er die Sender in der Pflicht: „Wir müssen Nachrichten so attraktiv machen, dass wir wieder mehr Leute mit Fakten erreichen können, und wir müssen die Nachrichten erklären.“ Im Bundestagswahlkampf hätte RTL ebenfalls ein Fact-Checking-Team aufgebaut, das auch nach der Wahl weiter arbeite.

Auf die Bedeutung einer gemeinsamen Faktenbasis für den öffentlichen Diskurs verwies Prof. Dr. Katharina Kleinen-von Königslöw, Professorin für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg. Teile der Gesellschaft würden sich regelrecht abschotten und seien von den klassischen Medien kaum noch zu erreichen. In einigen Fällen würden die sozialen Medien sehr professionell eingesetzt, um Fakten zu leugnen oder zu verdrehen.

Gesellschafter

Landesanstalt für Kommunikation
Baden-Württemberg (LFK)

Bayerische Landeszentrale für neue Medien
(BLM)

Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb)

Bremische Landesmedienanstalt (brema)

Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein
(MA HSH)

Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk
und neue Medien (LPR Hessen)

Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern
(MMV)

Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM)

Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen
(LfM)

Landeszentrale für Medien und Kommunikation
Rheinland-Pfalz (LMK)

Landesmedienanstalt Saarland (LMS)

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk
und neue Medien (SLM)

Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA)

Thüringer Landesmedienanstalt (TLM)

Wie schwer es für die Nutzer ist, solche Auftritte in den sozialen Medien zu beurteilen und die Seriosität der Quellen einzuschätzen, betonte Hanna Gleiß. Sie leitet „Das Netz“, ein Projekt zur Vernetzung gegen Hate Speech, das digitale Zivilcourage stärken und Initiativen für eine positive Debattenkultur im Internet zusammenbringen will. Im Kampf gegen Hetze und Hass sei Gegenrede wichtig, gleichzeitig müssten aber auch strafbare Inhalte angezeigt werden.

Winfried Engel sagte, dass die Landesmedienanstalten bereits verschiedene Initiativen entwickelt haben, um der Verrohung des öffentlichen Diskurses entgegenzuwirken: etwa Kooperationsprojekte für eine konsequente Strafverfolgung und spezielle Materialien zur Medienkompetenzförderung. Man werde den eingeschlagenen Weg in Kooperation mit den verschiedenen Akteuren fortsetzen.

Weitere Informationen über die medienanstalten finden Sie unter:
www.die-medienanstalten.de/

Kontakt bei Medien-Rückfragen

Stefanie Reger
Telefon: +49 (0)30 2064690-22
Mail: presse@die-medienanstalten.de

www.die-medienanstalten.de